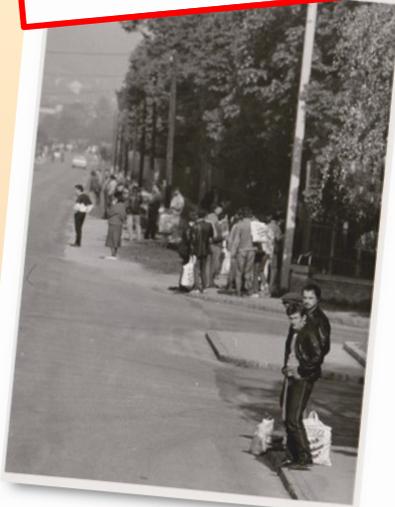


# 20 Jahre Grundversorgung

Rückblick & Bestandsaufnahme

**Traiskirchen steht wie kein anderer Ort in Österreich für Asyl.**



Quelle: Stadtarchiv Traiskirchen  
Warten auf Arbeit (1989)

1988  
**TRAIKIRCHNER  
ARBEITERSTRICH**

Die verschiedenen Fluchtbewegungen prägen auch das Traiskirchner Stadtbild. Weil Ende der 1980er-Jahre viele Menschen aus Polen kommen, verzeichnet das Stadtarchiv im Jahr 1988 eine „Polen-Invasion“. Die Menschen kommen meist mit dem Auto. Männer suchen am Straßenrand nach Arbeit.



# Traiskirchen: Eine Zeitreise



Quelle: Stadtarchiv Traiskirchen

Die k.u.k. Kadettenschule auf einer Aufnahme aus dem Jahr 1910.

1897  
**DIE KADETTENSCHULE**

Ende des 19. Jahrhunderts beschließt das k.u.k. Reichskriegsministerium, eine Artillerie-Kadettenschule in Traiskirchen nahe Baden zu errichten. Am 14. Oktober 1903 eröffnet Reichskriegsminister Heinrich von Pitreich das gigantische Areal: Auf 190.302 Quadratmetern Fläche werden Quartiere, Stallungen und eine Schwimmschule errichtet.



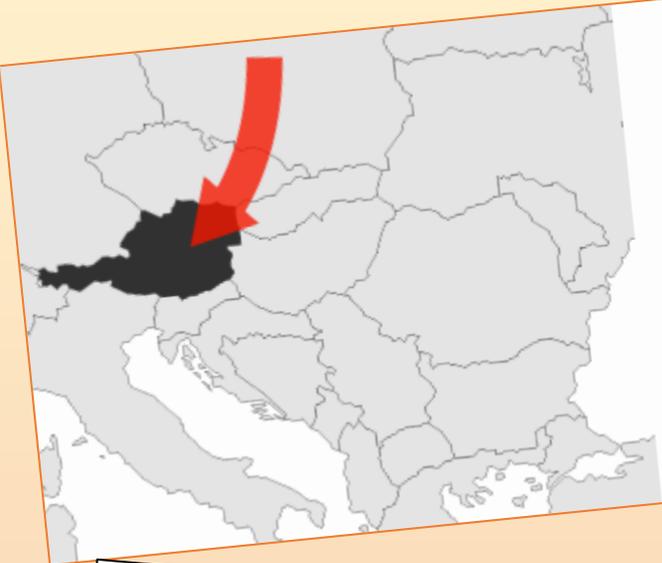
Quelle: Stadtarchiv Traiskirchen

Vor dem Lager (1991)

(<https://www.dossier.at/dossiers/asyl/>)

# Versorgung von Asylwerber:innen bis 2004

- Zuständig für Versorgung war der Flüchtlingsfonds (gegründet von BMI und UNHCR) Kostentragung durch Bund (BMI)
- **Kein Rechtsanspruch** auf Versorgung und Unterbringung
- Erstes Asylgesetz tritt 1968 in Kraft und war bis 1991 gültig
  
- Bereits 1982 waren Kompetenzstreitigkeiten zwischen Bund und Ländern an der Tagesordnung
- Neben Traiskirchen werden Geflüchtete in ehemaligen Pensionen in den BL untergebracht
- Österreich sieht sich selbst bis in die später 1980er Jahre lediglich als Transitland



1980

## POLEN WOLLEN BLEIBEN

Die nächste große Fluchtbewegung erreicht Österreich: 120.000 bis 150.000 Polen flüchten, rund 33.000 Asylanträge werden hierzulande gestellt. In den 1980er-Jahren kommt es zur Wende in der österreichischen Asylpolitik. Der große Unterschied zu früheren Fluchtbewegungen: Österreich wird vom Transitland zum Zielland – während die meisten Ungarn und Tschechen weiterreisen, wollen viele Polen bleiben: auch weil mittlerweile die Weiterreise durch Drittländer erschwert

### Flüchtlingsbetreuung

Asylverfahren werden äußerst langwierig abgewickelt. Die Bundesbetreuung von Flüchtlingen erfolgte ohne Rechtsgrundlage. Wesentliche Mängel betrafen weiters die Organisation der Flüchtlingsbetreuung, die Personalverwaltung, den Personaleinsatz sowie die Kassen- und Wirtschaftsgebarung.

Manche der festgestellten Mängel und Verstöße waren so schwerwiegend, daß der Verdacht auf das Vorliegen strafrechtlich bedeutsamer Handlungen bzw. Unterlassungen berechtigt schien. Bereits vor der Gebarungsüberprüfung von der Kriminalabteilung des Landesgendarmierkommando für NÖ begonnene und in der Folge gleichlaufend mit den Prüfungshandlungen des RH durchgeführte Erhebungen haben diesen Verdacht erhärtet und in einem Fall zur Verhängung der Untersuchungshaft über einen Bediensteten des Flüchtlingslagers Traiskirchen geführt. Die Erhebungen der Kriminalabteilung waren beim Abschluß der Gebarungsüberprüfung noch im Gang.

Quelle: Bericht des Rechnungshofes über Wahrnehmungen hinsichtlich der Gebarung des Bundesministeriums für Inneres mit Mitteln für die Flüchtlingsbetreuung (1990)



Innenminister Karl Blecha beim Besuch im Flüchtlingslager Traiskirchen am 30.09.1985.

Quelle: Stadtarchiv Traiskirchen

1985

## ÖSTERREICH WIRD RESTRIKTIVER

Ab 1985 wird der Zugang für Asylsuchende erschwert. Die Konsequenzen: Unter Bundeskanzler Fred Sinowatz und Franz Vranitzky (beide SPÖ) beginnt die Zahl positiv besetzten Zimmern trotz steigender Antragszahlen zu sinken.

1990

## „TAG UND NACHT IM FREIEN“

1990 wird im Flüchtlingslager Traiskirchen der bisherige Höchststand von 2.800 Bewohnerinnen und Bewohnern verzeichnet. Die Überbelegung ist für Traiskirchens Bevölkerung offensichtlich: In den Sommermonaten campieren Asylsuchende im Freien, um der Enge der Zimmer zu entkommen.



14. MÄRZ 1990

## BLOCKADE DER ZUFAHRTSSTRASSEN

Um zu verhindern, dass  
blockiert die  
Stadtarchiv „

Quelle: Stadtarchiv Traiskirchen



Quelle: Stadtarchiv Traiskirchen

Neuankömmlinge warten in der Erstaufnahmestelle Traiskirchen auf Behandlung ihrer Anträge (1990)



Quelle: Stadtarchiv Traiskirchen

1991 ziehen die Traiskirchner Demonstranten nach Wien.

# Entwicklungen bis 2004

- **Rechnungshofbericht 1989** (veröffentlicht 1990)  
=> Länder sind in der Pflicht, da es sich bei der Flüchtlingsbetreuung um fürsorgerechtliche Angelegenheiten handelt (Länderkompetenz)
- **Bundesbetreuungsgesetz 1990 und 1991**  
weiterhin **kein** Rechtsanspruch  
willkürliche Entlassungen und Aufnahmen aus der Bundesbetreuung
- **2003:** Zivilrechtliche Klage (NGO Verbund und UNHCR) im Jahr 2000:  
Einklagen der Kosten einer afghan. Familie die 3 Jahre versorgt wurde,  
2003, OGH (1 Ob 272/02k) gibt in 3. Instanz recht –Gleichheitsgrundsatz



Quelle: Stadtarchiv Traiskirchen

Aufnahme eines Zimmers in der Erstaufnahmestelle Traiskirchen aus dem Jahr 2001.

2002

## KONSTANTE KRISE

Die Aufnahme von Asylwerbenden wird während der ersten Schwarz-Blauen Regierung unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP) restriktiver: Im Oktober 2002 entlässt das Innenministerium mehrere hundert Asylsuchende aus der Grundversorgung. NGOs errichten daraufhin Notunterkünfte. Gleichzeitig wird der Druck auf die Bundesländer, Asylwerbende zu beherbergen, erhöht.

(<https://www.dossier.at/dossiers/asyl/>)

# Versorgung Anfang 2000er Jahre

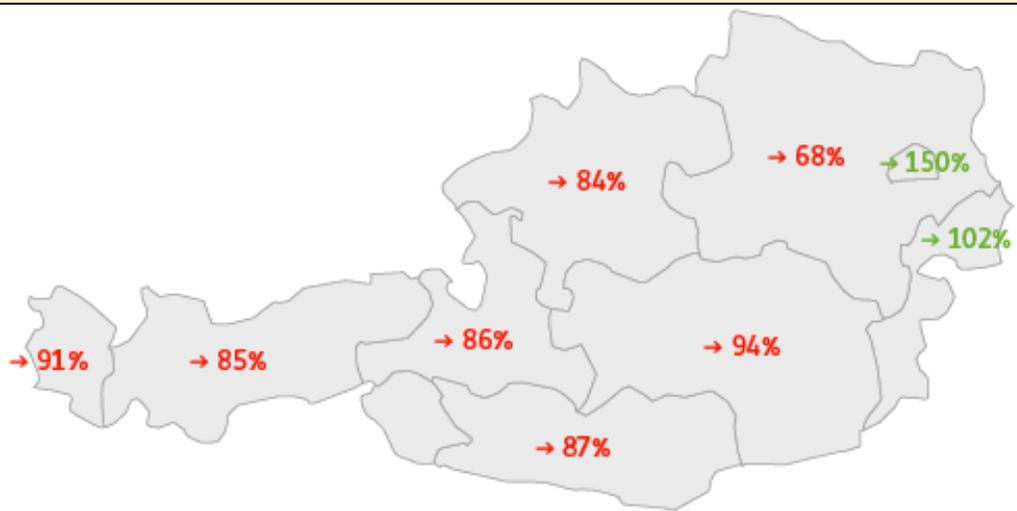
- **Großteil der Asylwerber:innen nicht staatlich versorgt**
- nur 1/3 in Bundesbetreuung (Kostentragung BMI)
- Rund 1/3 obdachlos/Wohnungslos
- Rund 1/3 von NGOs, Pfarren versorgt
  
- **Kein Rechtsanspruch** auf Versorgung und Unterbringung
- **willkürliche Aufnahmen und Entlassungen**, Obdachlosigkeit

**==> EU- Aufnahme RICHTLINIE 2003/9/EG DES RATES <==**

2004

# LÄNDER IN DER PFLICHT

Im Jahr 2004 wird schließlich die Grundversorgungsvereinbarung beschlossen. Darin sind die Pflichten bei der Betreuung der Asylwerbenden zwischen Bund und Ländern gesetzlich aufgeteilt. Bis zum heutigen Tag führt die Vereinbarung zu Konflikten. Viele der Länder erfüllen die gesetzlichen Quoten nicht. Obwohl die in Traiskirchen untergebrachten Flüchtlinge in den Kompetenzbereich des Bundes fallen, werden sie in die Quote des Landes Niederösterreich dazugerechnet.



Grafik: Dossier

Nur zwei Bundesländer werden im Jänner 2014 die Unt...

(<https://www.dossier.at/dossiers/asyl/>)

APA0239 5 II 0338 CI Siehe APA0173/03.05 Mo, 03.Mai 2004  
Asyl/Flüchtlinge/Caritas/Kommunales/Wien

## Asyl: Wien richtet eigene Leitstelle ein

Utl. D. ... Leitstelle für Hilfesuchende in Kooperation mit der ...

## Nationalrat 2 - Grundversorgung für Flüchtlinge wird verankert

Utl.: EU-Agrarreform wird umgesetzt  
Wien/APA =

... Themenkomplex Asyl. Hier soll nun auch im Plenum die neue Bund-Länder-Vereinbarung zur Grundve  
... Innenausschuss wurde bereits Einstimmigkeit erzielt. Kernpunkt der Verein  
... 15a Vereinbarung tritt mit 1. Mai in Kraft. Geändert  
... fizierte Ausschlussgrund

## Nationalrat: Grundversorgung für Asylwerber kommt

Utl.: SPÖ stimmt mit ÖVP und FPÖ, Grüne dagegen =

Die Bund-Länder-Vereinbarung gilt nicht nur für ...  
(Vertriebene) und de facto nicht abschiebbare Migranten. Die Regelung ...  
medizinische Versorgung. Die Aufteilung der Flüchtlinge erfolgt entsprechend der Einwohnerzahl ...



## Eilmauer: Grundversorgung ist Meilenstein in Asylpolitik

"Erwarte klare Linie von den Grünen"

Wien, 23. Juni 2003 (ÖVP-PK) "Einerseits rügt Terezija Stoisits den Innenminister wegen vermeintlicher speed kills-Politik, andererseits meint sie drei Tage später, er sei in der Asylpolitik säumig gewesen", sagte heute, Montag, ÖVP.

# EU - Aufnahme RL 2003/9/EG DES RATES

- Durchsetzung einer einheitlichen Versorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde soll gewährleistet werden
- Verpflichtung, Asylwerbende ab dem Zeitpunkt der Asylantragstellung eine angemessene Unterkunft und Betreuung zur Verfügung zu stellen

• **15a Grundversorgungsvereinbarung** => Gliedstaatsvertrag zw. Bund und Länder

Herausforderung: jegliche Änderung braucht den Konsens von allen 10 Vertragspartnern  
am **1.5.2004 in Kraft getreten**

• **Grundversorgungsgesetz Bund**

• **Grundversorgungsgesetze der Länder (8x) und Vorarlberg (SH-Gesetz)**

**Meilenstein:** Rechtsanspruch auf Versorgung im Asylverfahren, Krankenversicherung. (In GVV ist festgelegt, dass UMF in eigenen Wohneinheiten unterzubringen sind)

# Ziele der Grundversorgungsvereinbarung

gemeinsame Maßnahmen zwischen Bund & Länder:

- **bundesweite Vereinheitlichung** der vorübergehenden Betreuung und Versorgung von Schutzsuchenden: Mindestversorgung (Unterkunft, Verpflegung, Krankenversicherung etc.) für **hilfs- und schutzbedürftige Fremde**
  - definierte **Aufgaben- und Kostenteilung (60:40)** zwischen Bund und Länder im Sinne einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit
  - **faire Verteilung** der Geflüchteten in Bezug auf die Bevölkerungsanzahl (Quote) und Vermeidung von einer regionalen Überbelastung
  - **Rechtssicherheit** für Betroffene
- 
- Bund-Länder-Koordinationsrat
  - Landesflüchtlingsreferent:innenkonferenz
  - Am 1.5.2004 in Kraft getreten

# Aufgabenteilung zwischen Bund und Länder

- **Grundversorgung Bund** (seit 2020: <https://www.bbu.gv.at/>)  
Bundesbetreuungsquartiere/Erstaufnahmestellen (z.B. Traiskirchen):  
während des Zulassungsverfahrens zuständig & für Dublin-Fälle  
erst mit Übernahme Zuweisung in die Länderversorgung
- **Grundversorgung Länder**  
Betreutes Wohnen nach Zuweisung und Übernahme während des inhaltlichen  
Asylverfahrens:
  - in organisierten Einrichtungen (auch Mobil betreutes Wohnen)
  - Privatwohnungen
- **Geflüchtete haben kein Mitspracherecht bei der Quartierszuweisung**  
(Familienkonstellationen, medizinische Gründe werden in der Regel berücksichtigt)

# Quote

- wird 1x/Jahr vom BMF aktualisiert
- Berücksichtigt unterschiedliche Parameter, insb. Bevölkerungsanzahl
- Quote beinhaltet alle Einrichtungen der Länder- **und** Bundesgrundversorgung (dh auch Bundes-GVS zählt in Landes-GVS)
- Quote Stand 07.06.2024

Bundesland	IST-Stand	Quote in %	SOLL-Stand	Quotenerfüllung in %
Burgenland	2.063	3,315268	2.456	83,99
Kärnten	2.369	6,258623	4.637	51,09
Niederösterreich	10.738	18,898147	14.001	76,69
Oberösterreich	7.469	16,743602	12.405	60,21
Salzburg	2.557	6,244519	4.627	55,27
Steiermark	8.656	13,905282	10.302	84,02
Tirol	4.650	8,475077	6.279	74,06
Vorarlberg	3.227	4,463008	3.307	97,59
Wien	32.360	21,696474	16.075	201,31
Summe	74.089	100	74.089	

<b>Personen GVS</b>	<b>Anzahl</b>	
<b>GVS ALLE</b>	<b>74.089</b>	
<b>Vertriebene Ukraine</b>	<b>38.220</b>	
<b>Subsidiär Schutzberechtigte</b>	<b>11.887</b>	
<b>Asylwerber:innen</b>	<b>16.694</b>	Davon 1.479 UMF
<b>Asylberechtigte</b>	<b>4.173</b>	
<b>§ 55/§ 57</b>	<b>384</b>	
<b>Rkneg/AT NAG/ eingestellt</b>	<b>2.731</b>	

# Zielgruppe der Grundversorgung

*Zielgruppe dieser Vereinbarung, sind **hilfs- und schutzbedürftige Fremde**, die unterstützungswürdig sind. Hilfsbedürftig ist, wer den Lebensbedarf für sich und die mit ihm im gemeinsamen Haushalt lebenden unterhaltsberechtigten Angehörigen nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln beschaffen kann und ihn auch nicht oder nicht ausreichend von anderen Personen oder Einrichtungen erhält*

# Zielgruppe der Grundversorgung

- **Asylwerber:innen** bis zum rechtskräftigen Abschluss des Verfahren
- **Subsidiär Schutzberechtigte** (§8 AsylG)
- **Asylberechtigte** während der ersten vier Monate nach Asylanerkennung (§3 AsylG)
- **Personen mit rechtskräftig negativem Ausgang** des Asylverfahrens und Personen ohne Aufenthaltsrecht, wenn sie aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht abschiebbar sind
- **Personen mit bestimmtem Aufenthaltstitel** aus berücksichtigungswürdigen Gründen (§ 55/§ 57)
- **Vertriebene aus der Ukraine** gemäß §62a AsylG (seit März 2022)

# Leistungsumfang

- Unterkunft & Verpflegung (Selbst-, Teil- oder Vollversorgung) im organisierten Bereich
- Auszahlung Barleistungen im privaten Wohnen/organisierten Wohnen
- Krankenversicherung
- Bekleidungshilfe (€ 150/Jahr)
- Schulbedarf für Schüler:innen (€ 200/Jahr) bis zur Schulpflicht und verpflichtendes Kindergartenjahr
- IBB: Information, Beratung & Betreuung (in Wien: Beratungsstellen; Bundesländer: mobile Betreuung (zu Beginn Betreuungsschlüssel 1:170 – 2024 1:140))
- Übernahme Fahrtkosten bei behördlichen Ladungen & Überstellungen
- Übernahme Kosten für Bildungsleistungen
- Übernahme Kosten medizinische Heilbehelfe (Brillen, Zahnersatz, ..)
- Überstellungen Leichnam/Begräbniskosten
- Übernahme Kosten im Rahmen eines Pflegeplatzes (maximal € 2.480)

# Notquartiere => GVS Quartiere 2004

- **Mit Einführung der Grundversorgung: Notwendigkeit der Schaffung einer großen Zahl an Plätzen**
- Quote/Verteilschlüssel von Geflüchteten auf Bundesländer bereits zu Beginn in 15a Vereinbarung
  - Manche Bundesländer mussten schnell nachziehen
  - Umwandlung der Bundesbetreuungsquartiere um die Erstaufnahmezentren
  - Umwandlung der Notquartiere in Übergangs-Quartiere
- **Ausschreibung** – GVS-Standards – am Anfang vor allem bauliche Standards in der Unterbringung aber kaum Standards in der Betreuung

# Entwicklungen in der GVS

- **Frage der Beauftragung der Grundversorgung** in den Ländern -  
Unterschiedliche Entwicklungen in den Bundesländern
- 2011 Angebote des **MOBIL BETREUTEN WOHNENS (MoBeWo)** in  
Wien
  - Selbstbestimmung - Gestaltungsmöglichkeit
  - integrationsermöglichend durch Wohnen in der Nachbarschaft
  - Diskriminierungshemmend zB Queere Geflüchtete
- 2. Landesflüchtlingsreferent:innenkonferenz 2014 – Einigung auf  
**Mindeststandards in der organisierten Unterbringung**

## Asyl: Streit um neuen Kriterien-Katalog

Utl.: Wien verlangt Nachbesserungen

Wien (APA) - Für die Grundversorgung von Asylwerbern sollen künftig einheitliche Kriterien gelten. Einen entsprechenden Katalog hat der Bund und Länder auf Beamtenebene ausgearbeitet. Die Umsetzung gestaltet sich freilich mühsam, denn Wien und das Burgenland beharren auf einem politischen Beschluss bzw. sehen noch Verbesserungsbedarf. Das Innenministerium zeigt sich verwundert.

DOSSIER 🔍



Problemasylerpension im Burgenland im Jahr 2012.

## Neue Mindeststandards für Asylwerberquartiere

Vom Vorzeigeprojekt bis zur Schimmelpension reicht die Palette bei den Asylwerberquartieren in Österreich. Nun haben sich die Bundesländer erstmals auf einen Entwurf für bundesweite Mindeststandards geeinigt

Irene Brickner  
21. Jänner 2014, 18:18

...rund einem Jahr habe das Innenministerium eine...  
...habe. Umgesetzt seien diese aber bis heute nicht.

Für Kräuter ist dies ein Beispiel für die großen Probleme, die der Föderalismus und die damit verbundene Zersplitterung der politischen Zuständigkeiten, bereiten können. Als weitere Beispiele führt er die Behindertenpolitik oder die Mindestsicherung an, bei der sich die Bundesländer ebenso wie bei den Asylquoten nur teilweise an die 15a-Vereinbarungen halten.

Um bei solchen Unstimmigkeiten zwischen Bund und Ländern zu einer Lösung zu kommen, schlägt Kräuter die Einrichtung einer "Clearingstelle" im Parlament vor. Vertreter des Rechnungshofes und der Volksanwaltschaft könnte dabei mit Expertisen zur Seite stehen und Empfehlungen abgeben. Der Volksanwalt betont, dass dies zu mehr Effizienz beitragen würde und damit auch im Interesse der

# Finanzierung/Kostensätze

## In organisierten Unterkünften

- 40 € Taschengeld pro Monat
- Vollverpflegung oder
- Verpflegungsgeld (nicht in GVV geregelt, variiert je nach Land)
- Unterkunftgeber:in erhält seit 2022 25 € Tagsatz bei Vollversorgung / Echkostenabrechnung
- (2004: 17 € Tagsatz)

## In privaten Unterkünften

### Verpflegungsgeld:

- Erwachsene: 260 € (2004: 180 €)
- mj Kinder: 145 € (2004: 80 €)

### Mietzuschuss:

- 165 € für Einzelpersonen (2004: 110 €)
- 330 € für Familien (2004: 220 €)

# Finanzierung Bundesländervergleich

Bundesland	Tagsatz	Taschengeld	Verpflegungsgeld	SV	TSV	VV
<b>Wien</b>	Echtkostenabrechnung	ja	€ 6,50/Tag/Person	x	x	x
<b>NÖ*</b>	€ 23,-	Nur mit Vollversorgung	€ 7,-/Tag/Person	x		x
<b>OÖ</b>	€ 25,-	Nur mit Vollversorgung	€ 7,- ERW/Tag € 5,- U18/Tag	x		
<b>Burgenland</b>	€ 25,-	Nur mit Vollversorgung	€ 7,- ERW/Tag € 3,50 bis € 7,- U18/Tag	x	x	x
<b>Steiermark**</b>	€ 25,- Oder € 16,-	ja	In TSV € 155,-/Monat In SV € 195,-/Monat	x	x	x
<b>Kärnten***</b>	€ 25,- Oder € 12,-	Nur mit Vollversorgung	€ 215,-/ERW/ Monat € 100,-/U18/Monat	x		x
<b>Salzburg</b>	€ 25,-	ja	€ 7,-/Tag/Person	x		x
<b>Tirol</b>	€ 25,-	ja	€ 245,-/ERW/Monat € 145,-/U18/Monat	x		x
<b>Vorarlberg</b>	Echtkostenabrechnung	ja	€ 260,-/ERW/Monat € 155,-/U18/Monat	x		x

# Meilenstein Erhöhter Betreuungsbedarf

- Beschluss im Koordinationsrat Juli 2008 – Schaffung von „Sonderbetreuungsplätzen“ (heute EBB)
  - EBB wird erst 2024 im Gesetz verankert - bis dato reine Festlegung des KORates
- BMI und Koordinationsrat einigten sich auf grundsätzliche Merkmale, sowie demonstrative Aufzählung von Beeinträchtigungen als Zugangskriterien – bis heute unverändert !!
- Auslegung den Ländern vorbehalten: Unterschiede im Verständnis und Zugang bis heute
- EBB Plätze nicht in allen Bundesländern vorhanden !
- Schwieriger Zugang: Fachärztliche Befundung nach Kriterien kaum vorhanden

# Übersicht Bundesländer

Bundesland	Tagsatz	Betreuungsschlüssel (BS)
Wien	Echtkostenabrechnung	BS EBB: 1,25:10 (Richtwert)
NÖ	€ 40,50 bis € 48,-	Betreuungsschlüssel unklar
OÖ	€ 25,- plus Aufschlag für 3 Subkategorien A + € 8,-, B + € 13,- C + € 19,09/21,-	Kategorie A: 1-3h Betreuungsstunden Kategorie B: 3h Betreuungsstunden Kategorie C: 6h od. mehr Stunden
Burgenland	€ 25,- plus Aufschlag möglich, zwischen + € 10,- ,+ € 20,- bis max. € + € 40,-	Kein eigener Betreuungsschlüssel
Steiermark	€ 48,-	BS & Vorgabe Betreuungsteam unklar
Kärnten	€ 48,-	BS & Vorgabe Betreuungsteam unklar
Salzburg	€ 48,-	BS & Vorgabe Betreuungsteam unklar
Tirol	€ 48,-	Kein eigener Betreuungsschlüssel, aber SOB Team (Sonderbetreuung) Psycholog:innen, DGKP, Sozialarbeiter:innen, ..)
Vorarlberg	Echtkostenabrechnung	BS & Vorgabe Betreuungsteam unklar

# Meilenstein transparentes Realkostenmodell



**Pressekonferenz: Präsentation des Pilotprojekts zur Kostentransparenz in der Grundversorgung**

Pressekonferenz mit Innenminister Gerhard Karner, Stadtrat Peter Hacker und EY-Director Sandra Mahr am 15. September 2023, 9 Uhr, Innenministerium

KEINE ZELTE MEHR

**Innenministerium und Land Wien sorgen gemeinsam für mehr Asylquartiere**

Ab 2024 werden statt Tagsätzen die wirklichen Ausgaben für die Flüchtlingsgrundversorgung abgerechnet. Fachleute sprechen von einem "großen Fortschritt"

# Privat Wohnende in Grundversorgung

- Privatwohnende sind vergessene Gruppe der Grundversorgten bei Erhöhung der Kostenhöchstsätze:
  - Verpflegungsgeld Erwachsene: 2004: € 180 (Erhöhungen 2013/€ 200,- | 2016/€ 215,- und 2022 auf € 260,-)
  - Wien: Einzelperson erhält: € 425,-/Monat
- Seit 2023 werden alle Sozialleistungen jährlich valorisiert (BMS/SH schon lange, nunmehr auch Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld, Pflegegeld etc) nur Tagsätze in der GVS für Privatwohnende nicht
  - Anpassung dringend notwendig => ARMUTSFALLE
- ohne zivilgesellschaftliches Engagement private Unterbringung nicht möglich oder mit schweren Folgen (ORF Report)
- privat Wohnhaft – in Wien 75-80% - Gros §8 AsylG.

# Privat Wohnende in Grundversorgung

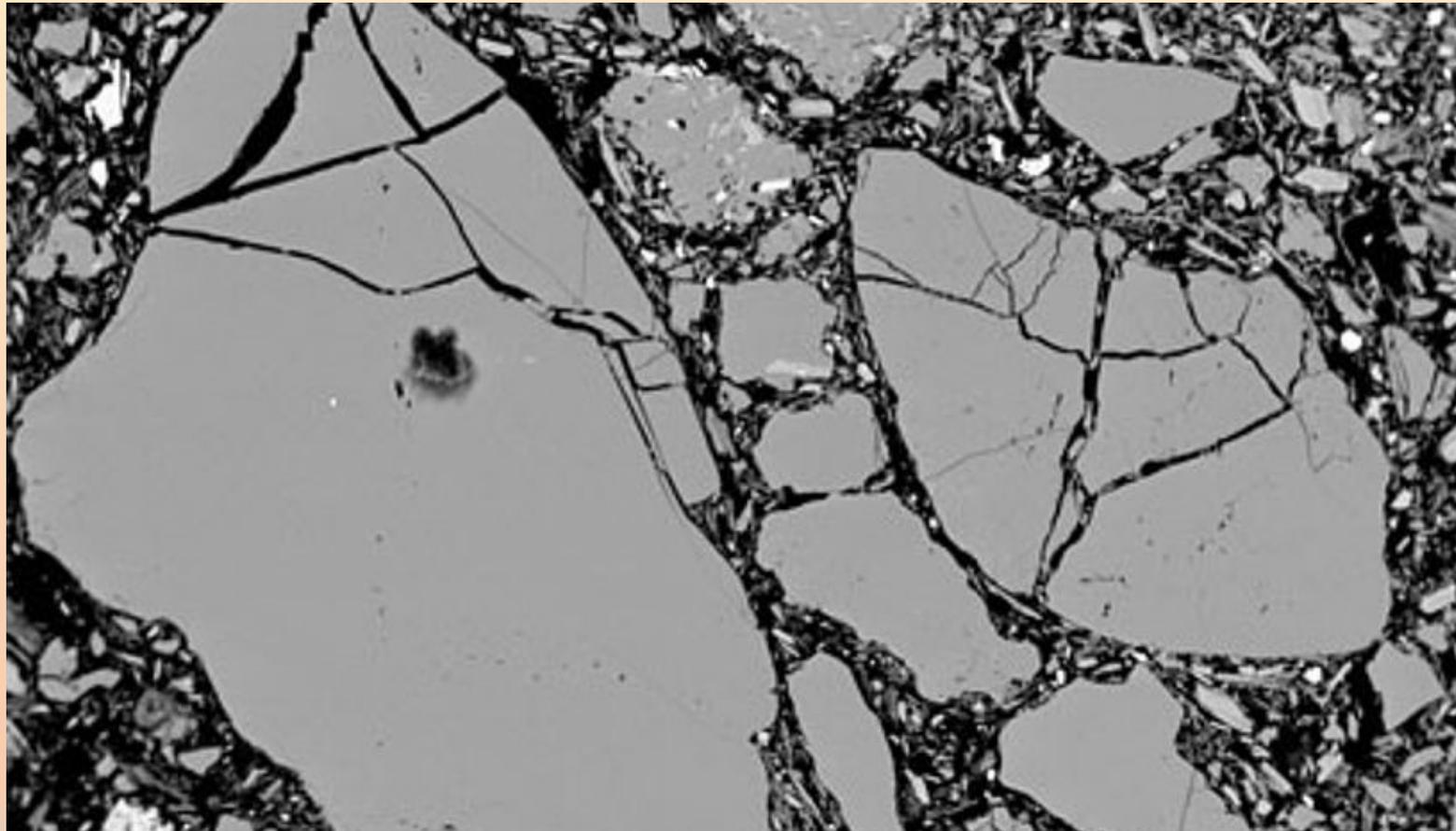
- NÖ und Wien wohnt überwiegende Teil privat
- Großteil organisiert
- Stand 3.6.24

Bundesland	Organisiert	Privat
Bgld	1.698	393
Ktn	1.529	900
NÖ	5.028	5.843
OÖ	5.261	2.170
Sbg	2.123	542
Stmk	6.169	2.485
Tirol	3.566	1.297
Vbg	2.492	726
Wien	5.857	26.258
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>33.723</b>	<b>40.614</b>

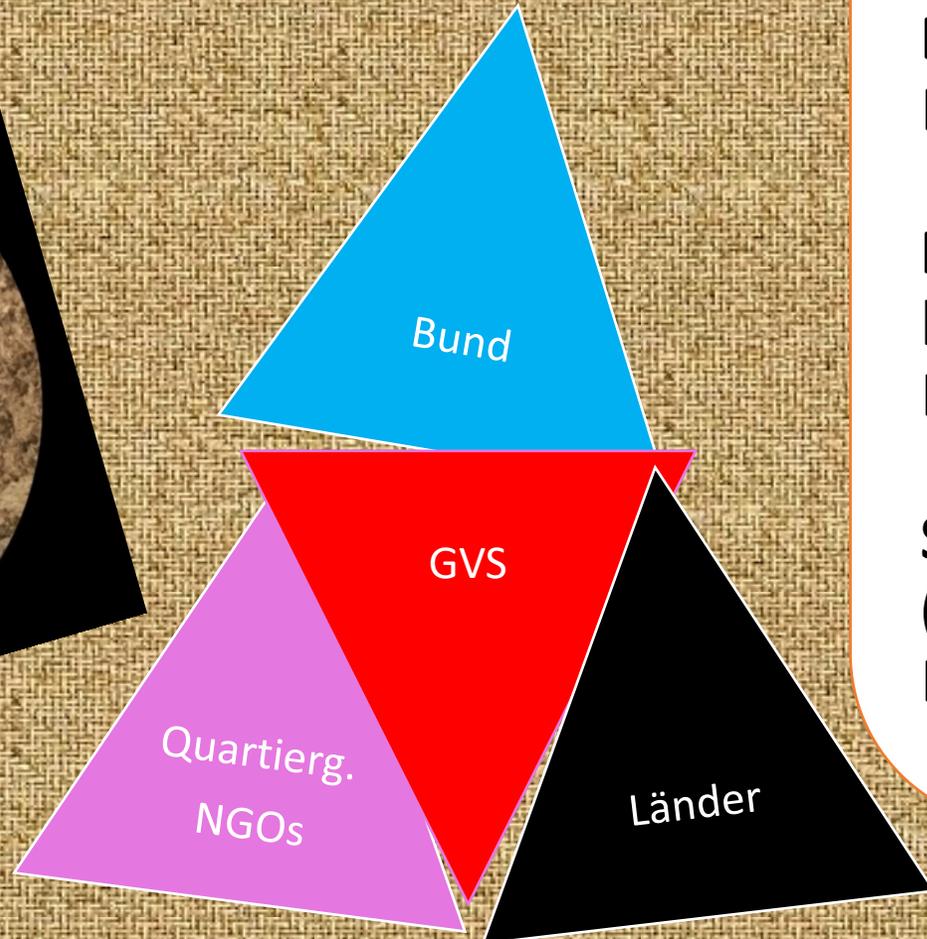
# Meilensteine – 20 Jahre Grundversorgung

- **2004:** 1.5.2004 Grundversorgungsvereinbarung tritt in Kraft
- **2008:** Kriterien für erhöhten Betreuungsbedarf (EBB) festgelegt
- **2012:** Erhöhung Tagsätze Unterbringung und individuelles Wohnen
- **2014:** Mindeststandards Unterbringung und IBB festgelegt
- **2015/16:** Erhöhung Tagsätze Unterbringung und individuelles Wohnen
- **2020:** BBU Bundesbetreuung (weg von gewinnorientierten Unternehmen, Kinderschutzkonzept, LGBTIQ-Beauftragte)
- **2022:** Erhöhung Tagsätze Regelbetreuung (ERW) und individuelles Wohnen
- **2023:** Transparentes Realkostenmodell Stadt Wien/BMI
- **2024:** Erhöhung Tagsätze UMF, EBB und Pflegeplatz (in Umsetzung)

# Bruchstellen in der Grundversorgung – Veränderung möglich?



# Bruchstelle - Bund/Länder



**Quote – faire Verteilung**

**Einstimmigkeitsprinzip** bei  
Beschlüssen (15a Charakter)

**Fehlende (Kapazitäten)Planung:**  
keine Gesamtstrategie der  
Länder mit dem Bund

**Sachlichkeit und Objektivität  
(Politische) Hürden** bei der  
Eröffnung von neuen Quartieren

# Bruchstellen

- 1) **Finanzierung:** keine Valorisierung eingebettet, Kostenhöchsätze auf Basis von Verhandlungen festgelegt – nicht auf Basis von Kalkulationen

Kostenhöchstsätze die seit 2004 nicht erhöht wurden: Taschengeld, Bekleidungsgeld, Schulgeld, Kostensatz für Deutschkursbudget für UMF

=> **Ausrollen des transparenten Realkostenmodells auf alle BL**

- 2) **Reformbedarf**
  - keine einheitliche Ausgestaltung (Stichwort Freibetragsregelung neu Vertriebene, Auszahlungsmodalitäten, Betreuungsstandards u.a.)
  - Räumliche Verteilung (Quote) funktioniert nicht
  - Mindeststandards sind veraltet (Kinderschutz, EBB etc.)
  - Erstaufnahme- und Zuweisungsprozesse haben Reformbedarf

=> **Evaluierung notwendig**

=> **Anschluss an Regelsysteme**

# Bruchstellen

**3) Durchschnittlich lange Dauer der Asylverfahren** (beschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt, Strukturlosigkeit führt zu Hoffnungslosigkeit/Resignation; große psychische Belastung)

=> **Verkürzte Entscheidungsfristen, schnellere Verfahren**

**4) GVS ist Inaktivitätsfalle**

=> **Integration ab Tag 1** –(gesamtheitlich: Wohnen, Bildung, Sprache, Gesundheit und Arbeitsmarkt) und systematischer Anschluss an Integrationsangebote

=> **Arbeitsmarktzugang:** Arbeitsmarktzugang für alle Asylsuchenden ab Zulassung zum Asylverfahren

Erhöhung der Zuverdienstgrenze bzw. Ansparmodell bei Selbsterhaltungsfähigkeit

# Bruchstellen

- 6) **GVS für vorübergehende Unterbringung** während des Asylverfahrens konzipiert, nicht für eine Dauerunterbringung von Personen mit Schutzstatus und Arbeitsmarktzugang  
=> **Überführung in Sozialhilfe/Mindestsicherung**
  
- 7) **Rechtsschutz verbessern**  
=> **effektiver Rechtsschutz für alle Zielgruppen der Grundversorgung**  
Ausstellung von Bescheiden bei Leistungszuerkennung, -einstellung oder -reduzierungen

Danke für die Aufmerksamkeit !

**DSA<sup>in</sup> Dani Krois**

Büroleitung

Stabstelle Ukraine Flüchtlingskoordination

# Auswahl an links/Literatur

- <https://www.fluechtlinge.wien/>
- <https://plattform.asyl.at/display/ACP/Grundversorgung>
- <http://www.asyl.at/de/themen/grundversorgung/>
- [https://www.asyl.at/files/630/10\\_grundversorgung\\_1\\_2022.pdf](https://www.asyl.at/files/630/10_grundversorgung_1_2022.pdf)
- [https://www.asyl.at/files/556/6\\_menschenwrdigeswohnen.pdf](https://www.asyl.at/files/556/6_menschenwrdigeswohnen.pdf)
- [asylkoordination österreich de](https://www.unhcr.org/dach/at/aktuelles)
- <https://www.unhcr.org/dach/at/aktuelles>
- [https://unicef.at/fileadmin/media/Infos\\_und\\_Medien/Info-Material/Kinder\\_auf\\_der\\_Fucht/UNICEF-Studie-Kinderfluechtlinge-in-OEsterreich.pdf](https://unicef.at/fileadmin/media/Infos_und_Medien/Info-Material/Kinder_auf_der_Fucht/UNICEF-Studie-Kinderfluechtlinge-in-OEsterreich.pdf)
- <https://www.migration-infografik.at/>
- <https://soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/view/342/586>
- <https://www.bmi.gv.at/303/start.aspx>
- [https://www.bmi.gv.at/303/files/Leistungskatalog\\_fuer\\_gemeinnuetzige\\_Hilfstaetigkeiten\\_von\\_Asylerinnen\\_und\\_Asyler.pdf](https://www.bmi.gv.at/303/files/Leistungskatalog_fuer_gemeinnuetzige_Hilfstaetigkeiten_von_Asylerinnen_und_Asyler.pdf)
- <https://www.ams.at/unternehmen/service-zur-personalsuche/beschaefigung-auslaendischer-arbeitskraefte/beschaefigung-von-asylerinnen-und-asyler#wie-koennen-asylerinnen-beschaefigt-werden>
- <https://www.dienstleistungsscheck-online.at/dienstleistungsscheck-webapp/>
- [BBU GmbH - Versorgung, Beratung und Unterstützung Schutzsuchender](https://www.bbu-gmbh.at/versorgung-beratung-und-unterstuetzung-schutzsuchender)
- [20 Jahre Grundversorgung – Grund zur Sorge? de \(asyl.at\)](https://www.asyl.at/de/wir-informieren/publikationen/asyl-aktuell/aa-3-22/)
- <https://www.dossier.at/dossiers/asyl/meta/ueber-die-recherche/> (Recherche zu GVS Quartieren in Nö, Bgld, Szbg 2013)
- Delegationsbericht 1989: <https://www.asyl.at/de/wir-informieren/publikationen/asyl-aktuell/aa-3-22/>
- **Sieglinde Rosenberger (Hrsg):** Asylpolitik in Österreich – Unterbringung im Fokus; Facultas Verlags- und Buchhandels AG 2010 (ISBN 978-3-7089-0639-3)
- **Johannes Peyrl, Thomas Neuschwendtner, Christian Schmaus:** Fremdenrecht – Asyl, Ausländerbeschäftigung, Einbürgerung, Einwanderung, Verwaltungsverfahren; ÖGB Verlag 7. Auflage Sept 2018 (ISBN 978-3-99046-375-8)
- **Nivedita Prasad (Hrsg.):** Soziale Arbeit mit Geflüchteten. Rassismuskritisch, professionell, menschenrechtsorientiert. Utb, 2018
- **Ottomeyer, Klaus:** Die Behandlung der Opfer. Über unseren Umgang mit dem Trauma der Flüchtlinge und Verfolgten. Stuttgart: Klett-Cotta, 2011
- **Ottomeyer, Klaus & Peltzer, Karl:** Leben am Abgrund. Psychotrauma und Menschenrechte. Klagenfurt: Drava, 2002
- **Weiß W. (Hrsg.) (2013):** Traumapädagogik. Grundlagen, Arbeitsfelder und Methoden für die Praxis. Beltz
- **Preitler Barbara:** An ihrer Seite sein – Psychosoziale Betreuung von traumatisierten Flüchtlingen; Studienverlag, 2016
- **Christian Pross:** Verletzte Helfer, Klett-cotta, 2009
- **Tamika Cunningham:** Personen mit erhöhtem Betreuungsbedarf in der Wiener Grundversorgung, Bachelorarbeit FH soziale Arbeit – September 2020
- **Judith Kohlenberger:** Das Fluchtparadox. Über unseren widersprüchlichen Umgang mit Vertriebenen und Vertreibung. Kremayr & Scheriau, 2022
- **Kristina Binner, Karin Scherschel (Hrsg):** Fluchtmigration und Gesellschaft – Von Nutzenkalkülen, Solidarität und Exklusion. Beltz Juventa, 2020
- **Amir Gudarzi,** Das Ende ist nah. Dtv, 2023
- **Jad Turjman,** Wenn der Jasmin auswandert. Die Geschichte meiner Flucht. Residenz Verlag, 2019
- **Dina Nayeri,** Der undankbare Flüchtling. Kein & Aber, 2020
- **Lioba Kasper, Christian Filzwieser (Hrsg):** Jahrbuch 23. Asyl- und Fremdenrecht, Verlag Österreich, 2023